**Dringliche Motion SVP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion / FDP-Fraktion:
«Anpassung der Sondernutzungsplanung an das PBG: Lösungen zur Vermeidung eines
Planungsstillstands**

Gemäss Art. 175 Abs. 1 PBG werden Zonenpläne und Baureglemente der politischen Gemeinden innert zehn Jahren seit Vollzugsbeginn dieses Erlasses im ordentlichen Verfahren an das neue Recht angepasst. Gemäss Art. 175a PBG werden die Bestimmungen des Baugesetzes vom 6. Juni 1972 weiterhin angewendet, soweit sie als Rechtsgrundlage für kommunale Rahmennutzungspläne dienen, die noch nicht an diesen Erlass angepasst worden sind. Das Gleiche gilt für Sondernutzungspläne gemäss Art. 175a Bst. c.

Das Bau- und Umweltdepartement handhabt derzeit diese gesetzlichen Vorgaben so, dass Sondernutzungspläne nach altem Recht nur noch bis zur Auflage der Nutzungsplanung nach neuem Recht genehmigt werden und gleichzeitig Sondernutzungspläne nach neuem Recht zwar genehmigt werden können, diese aber erst nach Inkrafttreten der neuen Nutzungsplanung rechtsgültig und somit anwendbar werden. Altrechtliche Teilzonenpläne und Sondernutzungspläne müssen somit spätestens bis zum Zeitpunkt der öffentlichen Auflage der Ortsplanungsrevision genehmigt sein, neurechtliche Sondernutzungspläne können erst zum Zeitpunkt der Auflage der Ortsplanungsrevision aufgelegt und genehmigt werden, erlangen aber erst mit der Inkraftsetzung der Nutzungsplanung Rechtsgültigkeit. Das kann bei entsprechenden Verzögerungen durch Rechtsmittelverfahren zu einem jahrelangen Planungs- und Baustillstand führen. Das bundesrechtlich vorgeschriebene Gebot der Innenverdichtung kann mit altrechtlichen Plänen kaum erfüllt werden kann. Die Folge ist ein jahrelanges Verdichtungsmoratorium im ganzen Kanton.

Dieses Moratorium soll verhindert werden, zum Beispiel durch eine geänderte Vorschrift bei der Inkraftsetzung von Sondernutzungsplänen nach altem Recht oder nach neuem Recht. Es stellt sich die Frage, ob kantonal-rechtlich die Anwendung des alten Rechts zeitlich ausgedehnt werden könnte. Die Übergangsbestimmungen in Art. 175a PBG müssten diesbezüglich allenfalls ergänzt und präzisiert werden. Das öffentliche Interesse an einer Ausdehnung der Geltung des alten Rechts trotz erfolgter Auflage des neuen Nutzungsplans während einer Übergangsfrist wäre gegeben, weil je nach Ausgangslage nur so – trotz laufender Rechtsmittelverfahren gegen neurechtliche Zonenpläne – eine Blockade der Planungstätigkeit verhindert und volkswirtschaftlicher Schaden abgewendet werden können. Zu prüfen ist insbesondere auch, ob eine Unterteilung bzw. Aufteilung von Nutzungsplanungen einer Gemeinde in zahlreiche Teilnutzungspläne und Gebiete mit entsprechenden Sondernutzungsplänen erforderlich ist. Schliesslich ist abzuklären, ob und unter welchen Voraussetzungen neurechtliche Sondernutzungspläne bereits ab Auflage der neuen Nutzungsplanung genehmigt und in Kraft gesetzt werden können.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf für eine entsprechende Änderung des Planungs- und Baugesetzes vorzulegen.»

2. Juni 2025

SVP-Fraktion
Die Mitte-EVP-Fraktion
FDP-Fraktion